

Niema Movassat, MdB

---

### Was gut klingt muss noch nicht gut sein

Eine kritische Bewertung der neuen UN-Nachhaltigkeitsziele

*Ja, mach nur einen Plan!*

*Sei nur ein großes Licht!*

*Und mach dann noch'nen zweiten Plan*

*Gehn tun sie beide nicht.*

(Bert Brecht)

### Einleitung

Am 25. September 2015 haben 193 Staaten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Diese sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs) umfassen 17 globale Ziele, sind angelegt auf 15 Jahre und berühren alle Politikbereiche, von der Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- und Agrarpolitik bis hin zu Umwelt- und Verbraucherpolitik. Viele der konkreten Ziele und Maßnahmen zur Umsetzung bleiben jedoch vage und ohne spezifische Handlungsverpflichtungen.

Große Vorschusslorbeeren gab es von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks: „Die Entscheidung über die Nachhaltigkeitsagenda der UN ist historisch. Erstmals verbindet die Weltgemeinschaft systematisch die Bekämpfung von Armut mit der Bewahrung unseres Planeten.“ Noch sind die Auswirkungen der SDGs ein Jahr nach Inkrafttreten nicht abschließend zu bewerten. In der entwicklungspolitischen Debatte spielen sie zunehmend eine wichtige Rolle. Daher lohnt sich ein genauer Blick auf ihre Stärken, Schwächen und blinden Flecken.

### Eine Verortung der Agenda 2030

Eine Stärke der SDGs ist ihre universelle Gültigkeit. Sie richten sich im Gegensatz zu ihren Vorläufern, den sogenannten Millennium Development Goals (MDGs), nicht nur an die armen Länder des globalen Südens. In der Debatte, ob die Ziele erreicht werden können, wird stark auf Fragen institutioneller Verankerung abgezielt. Anders ausgedrückt: es wird sich intensiv damit befasst, welche Gremien es jetzt braucht, um die Umsetzung auch zu kontrollieren. Das geht am Kern vorbei. Die entscheidende Frage ist, inwiefern die Agenda 2030 in der Lage sein wird, die wirklichen Ursachen für Armut, Hunger und Ungleichheit anzugehen. Diese Phänomene sind menschengemacht, keine Naturgesetze und damit auch politisch veränderbar. Genau diese Analyse fehlt der Agenda 2030.

Das heißt, wir brauchen angesichts der globalen Herausforderungen (wirtschaftlich, ökologisch, sozial) dringend eine Debatte über das vorherrschende kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Sonst diskutieren wir an den entscheidenden Fragen vorbei.

Wichtig wäre zum Beispiel eine klare Abkehr von neoliberalen Entwicklungsansätzen. Beispielhaft hierfür stehen die sogenannten Strukturanpassungsprogramme der 1980/90er. Die Länder des Südens bekamen damals dringend benötigte Kredite von Weltbank und Internationalem Währungsfond (IWF) nur, wenn sie sich zu drastischen Einschnitten in der Sozialpolitik verpflichteten: die Abschaffung subventionierter Grundversorgung, die Privatisierung von Bildung, Gesundheit und Energie. Gelder flossen in den Abbau von Schulden und den Aufbau von Sicherheitsapparaten. Das zentrale Entwicklungsparadigma bestand in der Öffnung der Märkte, Deregulierung und Privatisierung. Die Folgen dieser Programme waren eine massive Zunahme der Ungleichheit innerhalb und zwischen den Ländern.

Eine Abkehr von diesem fatalen Paradigma ist leider auch trotz Agenda 2030 nicht in Sicht. Eine neue Welle von Freihandelsverträgen rollt auf uns zu. Weitgehend unbeachtet sind dabei die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) der EU mit verschiedenen afrikanischen Ländern. Diese werden derzeit zu einer noch weiteren Öffnung ihrer Märkte gezwungen. Als Folge werden die lokalen Märkte mit billigen zollfreien Importen aus Europa überflutet werden. Die lokalen Produzenten werden gegen die übermächtige Konkurrenz aus Europa keine Chance haben. Diese Abkommen sind leider ein gutes Beispiel für neoliberale Ansätze, welche den SDGs völlig zuwiderlaufen. Sie werden zu mehr Hunger und Armut führen. Einzelne teils sinnvolle entwicklungspolitische Projekte können nicht aufbauen, was die Handelspolitik zerstört. Ohne Kohärenz und wirkliche strukturelle Veränderungen der Agrar-, Entwicklungs-, Handels- und Steuerpolitik verkommen die SDGs zur einem Papiertiger und reiner Symptombekämpfung.

Ich will dies anhand einiger ausgewählter Ziele verdeutlichen.

### **Ziel 1: Armut in allen ihren Formen überall beenden**

SDG 1 will bis zum Jahr 2030 die extreme Einkommensarmut (Pro-Kopf-Einkommen unter 1,90 Dollar pro Tag) überall auf der Welt beseitigen. Zusätzlich soll der Anteil derjenigen, die nach den jeweiligen nationalen Definitionen in Armut leben, mindestens halbiert werden.

Es wird dabei sehr stark auf das „Wie“ ankommen. Eine Gefahr des SDG 1 ist die Fokussierung auf die Armen. Anstelle dessen sollten wir uns um soziale Ungleichheit kümmern. Laut aktuellen Zahlen der Nichtregierungsorganisation Oxfam besitzt ein Prozent der Menschheit mehr Vermögen als die restlichen 99 Prozent. Deshalb müssen die Reichen in den Blickpunkt gerückt werden. Es braucht keine Almosen, sondern den politischen Willen, Umverteilung von oben nach unten durchzusetzen.

### **Ziel 10: Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern**

Beachtlich ist, dass das (leider wenig ausformulierte) Ziel Ungleichheit in und zwischen den Gesellschaften zu reduzieren im Forderungskatalog enthalten ist. Es bleibt jedoch abzuwar-

ten, ob dem Thema ernsthaft mehr politische Aufmerksamkeit gewidmet werden wird. Zu wünschen wäre es, denn die Einkommensschere ist in den meisten Ländern der Welt – auch in Deutschland – in den vergangenen Jahrzehnten auseinandergegangen. Die Ausnahme bilden einige wenige Länder in Südamerika mit einer proaktiven Sozialpolitik, wie Bolivien oder Uruguay.

Bemerkenswerterweise enthält SDG 10 auch eine Zielvorgabe zum Thema Migration. Es sieht vor, dass alle Länder die geregelte, sichere und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Personen durch eine geplante und gut organisierte Migrationspolitik ermöglichen sollen. Das bedeutet auch für die EU, Verfahren zu entwickeln, die es tatsächlich allen Flüchtlingen ermöglichen, sicher und im Rahmen ordentlicher Verfahren ihre Asylanträge zu stellen. Diese Zielformulierung ist lobenswert. Die aktuelle politische Entwicklung geht jedoch in die völlig entgegengesetzte Richtung. Erstens ist es gerade die Politik der EU, welche Millionen Menschen in den Entwicklungsländern ihre Lebensgrundlage zerstört. Durch ungerechte Handelsverträge, Waffenexporte oder eine zerstörerische Agrarpolitik erschafft sie Fluchtursachen.

Zweitens ist die Europäische Union derzeit dabei eine massive Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen und Migrant\*innen durchzusetzen. Deutschland ist hierbei eine treibende Kraft. Dabei schreckt die EU nicht davor zurück mit autoritären Regimen und Despoten zu kooperieren. Sie lässt in ihrem Auftrag die Türkei, den Sudan oder auch Äthiopien, alles Regierungen die für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen an ihrer eigenen Bevölkerung bekannt sind, Flüchtlinge und deren Bewegungsfreiheit bekämpfen und verkauft dies in zynischer Weise als Fluchtursachenbekämpfung.

## **Ziel 2: Den Hunger und Mangelernährung beenden**

SDG 2 zielt auf die vollständige Beendigung von Hunger und aller Formen von Fehlernährung und ist damit ambitionierter, als es die MDGs waren. Diese sahen vor den Anteil der Hungernden lediglich zu halbieren. Man gab sich damals quasi einverstanden mit der Tatsache, dass es Hunger in einer so reichen Welt gibt.

Leider verknüpft das Ziel die Hungerbekämpfung eng mit einer Steigerung der Agrarproduktion. Dabei geht die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) davon aus, dass global gesehen genügend Lebensmittel für alle verfügbar wären. Wir haben es also in erster Linie mit einem Verteilungsproblem zu tun.

Positiv hervorzuheben ist das Unterziel 2.5, welches mit der Forderung nach der Verfügbarkeit von vielfältigem Saatgut einen wichtigen Aspekt landwirtschaftlicher Produktion anspricht. Wenn wir den Hunger beseitigen wollen, brauchen wir eine Politik, die die zunehmenden Konzentrationsprozesse und die Marktmacht der Agrarkonzerne als Problem benennt und angeht. Beispielsweise kontrollieren bereits jetzt die zehn größten Saatgutkonzerne über drei Viertel des Marktes. Zehn Konzerne, die entscheiden was angebaut wird und auf unseren Tellern landet. Die Fusion von Monsanto und Bayer zu einem neuen bedrohli-

chen Megakonzern ist nur eine Konsequenz dieser außer Kontrolle geratenen kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Aber die Bundesregierung schiebt diesen Entwicklungen keinen Riegel vor. Im Gegenteil: Zusammen mit anderen G7-Regierungen sorgt sie im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften, wie z.B. der sogenannten „Neue Allianz für Ernährungssicherheit“, in afrikanischen Ländern für gesetzgeberische Reformen, die Bauern und Bäuerinnen behindern, Saatgut weiterhin frei zu teilen, zu tauschen und zu verkaufen. Für die Interessen der Konzerne wird die Zerstörung der Lebensgrundlagen vieler Kleinbauern in Kauf genommen. Wenn sie die SDGs ernst nähme, müsste die Bundesregierung sofort auf eine Beendigung dieser „Neuen Allianz“ drängen.

### **Ziel 12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen**

Im Ziel 12 heißt es, Regierungen sollen „Unternehmen, insbesondere große und transnationale Unternehmen, dazu ermutigen, nachhaltige Verfahren einzuführen und in ihre Berichterstattung Nachhaltigkeitsinformationen aufzunehmen.“ Unternehmensverantwortung zu thematisieren ist auch hier wieder richtig, doch reichen „Ermutigungen“ bei Weitem nicht aus. Regierungen müssen gesetzliche Regeln schaffen, um die Einhaltung von Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsstandards entlang der Wertschöpfungskette sicherzustellen. Die aktuelle Bundesregierung ist nicht willens den Unternehmen klare Grenzen aufzuzeigen. Dies zeigt sich am windelweichen „Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte“. Dieses schwache Lippenbekenntnis in den SDGs hilft den Näherinnen in Bangladesch, die für deutsche Textilunternehmen zu Hungerlöhnen schufteten müssen, nicht.

Derzeit wird sehr stark darauf gedrängt, dass der Privatsektor mit Investitionen einen Beitrag zu leisten hat. Sonst könne man die SDGs nicht erreichen. Das ist im Grunde richtig. Die Frage ist nur, unter welchen Bedingungen? Eine Studie der Universität von Oxford kommt zu dem Schluss, dass jährlich etwa 10 Millionen Menschen als Folge von Entwicklungsprojekten vertrieben werden. Solche Projekte, wie z.B. Staudämme oder großflächige Agrarinvestitionen im Geiste des Neoliberalismus sollten genauso als Fluchtursache analysiert werden, wie Unterdrückung oder Klimawandel.

### **Ziel 16: Friedliche und inklusive Gesellschaften**

Dass sich die SDGs ausdrücklich damit befassen, wie friedliche Gesellschaften aufgebaut und gefördert werden können, ist ein Novum gegenüber den MDGs. Die Bundesregierung hat in den Verhandlungen unter anderem die Proliferation von Kleinwaffen als eines der wichtigsten Hindernisse auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung bezeichnet. In ihre eigene Praxis hat sie dies jedoch nicht umgesetzt. 2014 exportierte Deutschland Waffen im Wert von 1,2 Milliarden US Dollar und lag in der Summe der Jahre 2010 bis 2014 an vierter Stelle der größten Waffenexporteure.

## **Ziel 17: Umsetzungsmittel und Globale Partnerschaft stärken**

Schon bei der Formulierung der SDGs haben sich vor allem die Länder des Südens dafür stark gemacht, die Finanzmittel zur Umsetzung der Ziele im Zielekatalog zu verankern. Dass Fragen der Umsetzung und Finanzierung so prominent auftauchen, ging auf Kosten der Konkretheit. Spezifische Handlungsverpflichtungen für die reichen Länder, die verstärkt in der Verantwortung stehen, fehlen. Auf der UN-Entwicklungsfinanzierungskonferenz im Juli 2015 in Addis Abeba wurde deutlich, dass es an Zusagen für Mittel fehlt. Viele Regierungen lamentieren, es sei nicht genug Geld da. Allerdings haben sich weltweiten Militärausgaben zwischen 2001 und 2014 von 839 Mrd. US-Dollar auf 1.776 Mrd. US-Dollar mehr als verdoppelt. Für den Bundeshaushalt 2017 hat die Bundesregierung einen Verteidigungsetat von 36,6 Milliarden Euro vorgeschlagen. Das ist eine Steigerung um mehr als 2,3 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr. Hier ließe sich viel holen, wenn man es ernst meint mit der Entwicklungsfinanzierung.

Darüber hinaus gehen Ländern des Südens durch Steuerflucht internationaler Konzerne immense Summen verloren, die die Zahlungen von Entwicklungshilfegeldern übersteigen. Durch Steuertricks, Steuerhinterziehung und -vermeidung sind das pro Jahr geschätzte 100 Milliarden US Dollar. Das Geld fehlt ihren Staatshaushalten für den Aufbau öffentlicher Infrastruktur. Wir müssen zusehen, dass wir die internationalen Rahmenbedingungen verändern, damit die Länder mehr Steuereinnahmen erzielen können. Es ist wichtig, den Ländern des Südens eine gleichberechtigte Mitsprache in internationalen Verhandlungen zu erlauben. Die Bundesregierung hat jedoch bei der Konferenz in Addis Abeba gezeigt, dass sie nicht gewillt ist, die internationale Koordination von Steuerfragen auf eine demokratische Basis zu stellen und die Länder des Südes zu involvieren. Und deshalb wird sich an der Tatsache, dass für jeden gezahlten Dollar Entwicklungshilfe, zwei Dollar ins Ausland abfließen so schnell nichts ändern.

### **Fazit**

Im Prinzip ist die Agenda 2030 als Dokument positiv zu bewerten. Ihre Ursachenblindheit droht sie jedoch zu reiner Symptombekämpfung verkommen zu lassen. Derzeit gibt es weiterhin eine Vielzahl von Politiken im Interesse des Globalen Nordens, die die Ursachen für Armut und Ungerechtigkeit weiter verschärfen werden. Wirkliche strukturelle Veränderungen hin zu Gerechtigkeit würden auch bedeuten, dass der Norden sich zurücknimmt. Angesichts jahrhundertelanger kolonialer und kapitalistischer Ausbeutung des Südens ist das seine Pflicht. Die Agenda 2030 kann ein Impulsgeber sein, genau darüber zu reden. Ein Selbstläufer wird das aber keinesfalls.

**Autor**

**Niema Movassat** ist Mitglied des Deutschen Bundestages, Sprecher für Welternährung und Obmann der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

**Kontakt:** [niema.movassat@bundestag.de](mailto:niema.movassat@bundestag.de)

**Redaktion**

**BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

[newsletter@b-b-e.de](mailto:newsletter@b-b-e.de)

[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)